



**Deutschland, Frankreich
und das Ende
der Locarno-Ära 1928–1931**

Studien zur internationalen Politik in der
Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise

Von
Franz Knipping

R. Oldenbourg Verlag München 1987

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Knipping, Franz:

Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära,
1928–1931: Studien zur internat. Politik in d.
Anfangsphase d. Weltwirtschaftskrise / von Franz
Knipping. – München: Oldenbourg, 1987.
ISBN 3-486-53161-1

© 1987 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gesamtherstellung: Rieder, Schrobenhausen

ISBN 3-486-53161-1

Inhalt

Vorwort	1
I. Die Ausgangslage: Das Nachkriegsjahrzehnt 1919–1928	9
1. Die französische Politik im Banne des Sicherheitsproblems	11
2. Deutsche Vorbereitung auf die Revision	25
II. Deutscher Revisionsanspruch versus „Entente cordiale“? (Sommer 1928 – Mai 1929)	32
1. Die deutsche Rheinlandforderung und der Genfer Beschluß vom 16. September 1928	34
2. Die Zurückdrängung des Räumungsproblems hinter die Reparationsfrage	44
3. Britisch-französische Annäherungen in der Militärfrage	51
III. Im Zenit der Locarno-Ära (Juni–September 1929)	57
1. Die erste Haager Konferenz und die Annahme des Sachverständigenplans durch die Regierungen	58
2. Der Beschluß zur vorzeitigen Räumung des Rheinlands	67
3. <i>Pactum de contrahendo</i> in der Saarfrage	74
4. Briands Vorschlag einer Europäischen Union	84
5. Akzente in den Abrüstungsfragen	89
IV. Die Verschärfung der Gegensätze im Winter 1929/30 (Oktober 1929 – März 1930)	94
1. Der Abschluß der Reparationsverhandlungen	96
2. Das Problem der Mobilisierung der Reparationen	105
3. Der Sanktionen-Kompromiß	112
4. Tauziehen um die Räumungsbedingungen	119
5. Sonderverhandlungen über die Saar	124
6. Abzug der Militärexperthen und Londoner Flottenkonferenz	131
V. Der Wettersturz des Sommers 1930 (April–September 1930)	141
1. Entfremdungen um die Rheinlandräumung	143
2. Das Scheitern der Saarverhandlungen	148
3. Das französische Europa-Memorandum	155
4. Revision des Young-Plans durch Sanierung	162
5. Französische Wirtschaftshilfe?	168
6. Bewegungen in der Militärfrage	175
VI. Winter 1930/31: Deutschland und Frankreich am Scheideweg (September 1930 – März 1931)	181
1. Weichenstellungen für die Abrüstungskonferenz	182
2. Reparationen: Vom Sanierungs- zum Krisenrevisionismus	192

3. Politische Hemmungen französischer Stützungsbereitschaft	198
4. Mitteleuropa und Paneuropa	205
VII. Politische Blockierung vor ökonomischen Abgründen. Schlußbetrachtung	215
Abkürzungen	229
Quellen- und Literaturverzeichnis	231
Personenregister	255

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung behandelt eine knapp drei Jahre umfassende Phase der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen. Diese Entwicklung, die im kontinuierlichen Verlauf zwischen 1919 und 1939 eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten bewirkte, vollzog sich, in der Folge einer mehr als tausendjährigen, oft wechselseitig leidvollen Erfahrung,¹ im Zeichen einer Mächterivalität von besonderer Färbung, einer Rivalität, die uns heute, trotz ihrer historischen Nähe, im Lichte der Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg bereits als seltsam entrückt und fremd erscheinen mag.

Auf der einen Seite stand der Anspruch des 1918 an der Seite der angelsächsischen Mächte siegreichen Frankreich auf die Perpetuierung der europäischen Sonderrolle, die ihm die Friedensverträge zugesprochen hatten, die aber von keiner hinreichenden demographisch-ökonomischen Substanz oder bündnispolitischen Stützung untermauert war. Auf der anderen Seite erhob sich der deutsche Anspruch auf die Verwirklichung des „Lebensrechts“ eines politisch und moralisch diskriminierten Kriegsverlierers, der in seinen Potentialen trotz aller Einbußen und Belastungen jedem einzelnen seiner Nachbarn einschließlich Frankreichs überlegen geblieben war. Beide Ansprüche, hinter denen sich letztlich nationalimperialistische Zielsetzungen des Frankreich von 1919 und des Deutschland von 1914 fortsetzten, schlossen einander aus. Sie konnten daher nur auf Kosten des jeweils anderen realisiert werden. In dem stark nationalistisch geprägten Denken des Europa der zwanziger und dreißiger Jahre entwickelte sich so ein Antagonismus zwischen deutschen Strategien zur Veränderung und französischen Strategien zur Verhinderung der Veränderung der europäischen Nachkriegsregelungen. Am Ende verlor Frankreich den Frieden von 1919. Bis etwa 1935 hatte sich, bewegt von der Fähigkeit und dem Willen Deutschlands zur Revision, sukzessive in größeren und kleineren Schritten eine grundlegende deutsch-französische Machtverschiebung durchgesetzt, eine Umwälzung der 1919 in Paris begründeten Nachkriegsordnung, die am Ende einen nachdrücklichen zweiten deutschen Anlauf zur Erlangung einer Weltmachtstellung ermöglichte.

¹ Eine wissenschaftlich befriedigende Gesamtdarstellung der deutsch-französischen Beziehungen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart ist ein Desiderat. Über die historiographische Situation berichtet in großen Zügen Gilbert Zieburg, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970, S. 173–74. Unter den mehr oder weniger stark in nationalen Traditionen verhafteten früheren Versuchen sind etwa zu nennen Johannes Haller, *Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen*, Stuttgart/Berlin 1930 und Jacques Bainville, *Histoire de deux peuples*, Paris 1915, danach ständig wieder neu aufgelegt (Dt. Geschichte zweier Völker. Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit, Hamburg 1939). Für das 19. und 20. Jahrhundert jetzt eindrucksvoll Raymond Poidevin und Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes 1815–1975*, Paris 1977 (dt. Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982).

Der Austrag der deutsch-französischen Spannung, die die gesamte Bewegung des internationalen Systems zwischen den Weltkriegen maßgeblich prägte, hat in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße das Interesse der Zeitgeschichtsforschung in den USA, in Frankreich, Deutschland und England auf sich gezogen. Dabei haben sich zwei Forschungsschwerpunkte herausgebildet: die Zeit unmittelbar nach dem Ersten und – in geringerem Maße – vor dem Zweiten Weltkrieg. Für die frühen zwanziger Jahre sind mit den Arbeiten von Charles S. Maier, Stephen A. Schuker, Jacques Bariéty, Walter McDougall, Denise Artaud, Marc Trachtenberg, Hermann J. Rupieper und Georges Soutou feste Markierungspunkte gesetzt. Es besteht zwischen ihnen allgemein Übereinstimmung, daß die französische Politik im Verlaufe der ersten fünf Jahre nach dem Kriege durch ein Scheitern gekennzeichnet sei, doch weichen die besonderen Bewertungen der Ausgangslage, des Ausmaßes des Scheiterns, der möglichen Alternativen und der Verantwortlichkeit der Pariser Politiker in erheblichem Maße voneinander ab.² Die Untersuchung der Jahre nach 1933, insbesondere unmittelbar vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konstatiert dagegen allenfalls noch Spuren der europäischen Sonderstellung, die Frankreich in den zwanziger Jahren innehatte. Ihr Ergebnis lautet, daß der deutsch-französische Gegensatz seit etwa 1935/36 in der internationalen Bedeutung zunehmend hinter den deutsch-britischen Gegensatz zurückgetreten ist.³

Insgesamt ist die Forschungslage hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen zwischen den Weltkriegen dadurch gekennzeichnet, daß bisher von den Erkenntnissen

² Siehe Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the decade after World War I*, Princeton 1975; Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976; Jacques Bariéty, *Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 – 10 Janvier 1925: De l'Exécution à la Négociation*, Paris 1977, sowie seine in der Bibliographie aufgeführten Aufsätze; Walter A. McDougall, *France's Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978; Denise Artaud, *La Question des Dettes Interalliées et la Reconstruction de l'Europe (1917–1929)*, Lille/Paris 1978; Marc Trachtenberg, *Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923*, New York 1980; Hermann J. Rupieper, *The Cuno Government and Reparations, 1922–1923. Politics and Economics*, The Hague/Boston/London 1979; Georges Soutou, „La politique économique de la France en Pologne (1920–1924)“, in: RH, 1974, S. 85–116; ders., „Les mines de Silésie et la rivalité franco-allemande (1920–1923): Arme économique ou bonne affaire?“, in: RI, 1, 1974, S. 135–154; ders., „Problèmes concernant le rétablissement des relations économiques franco-allemandes après la première guerre mondiale“, in: Francia, 2, 1974, S. 580–596, sowie seine in der Bibliographie aufgeführten Aufsätze. Vgl. auch unten, S. 12, Anm. 7. Ein abwägendes Resümee des Forschungsstandes bietet Jon Jacobson, „Strategies of French Foreign Policy after World War I“, in: JMH, 55, 1983, S. 78–95.

³ *Les Relations Franco-Britanniques de 1935 à 1939. Communications présentées aux colloques franco-britanniques tenus à: Londres (Imperial War Museum) du 18 au 21 octobre 1971; Paris (Comité d'Histoire de la 2e Guerre Mondiale) du 25 au 29 septembre 1972, Paris 1975; Les Relations Franco-Allemandes 1933–1939 (Strasbourg, 7–10 Octobre 1975), Paris 1976; Franz Knipping „Frankreich in Hitlers Außenpolitik, 1933–1939“, in: Manfred Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976, S. 612–627 sowie die in der Bibliographie aufgeführten Aufsätze; Anthony Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War 1936–1939*, London 1977; Robert J. Young, *In Command of France. French Foreign Policy and Military Planning, 1933–1940*, Cambridge, Mass./London 1978; Jean-Baptiste Duroselle, *La Décadence 1932–1939*, Paris 1979; Klaus Hildebrand und Karl Ferdinand Werner (Hgg.), *Deutschland und Frankreich 1936–1939. 15. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Institut Paris (Beihefte der Francia, Bd. 10)*, München/Zürich 1981.*

über die frühen zwanziger Jahre keine gesicherte Verbindung zu denen über die späten dreißiger Jahre führt. Die der Londoner Konferenz vom Sommer 1924 folgende Zeit der „Locarno-Ära“ harrt, trotz der in vielen Hinsichten wegweisenden Bücher von Jon Jacobson und neuerdings Peter Krüger, einer auch auf französischen Akten fußenden Durchleuchtung.⁴ Über die wichtigen Jahre der Weltwirtschaftskrise und des Niedergangs der Weimarer Republik liegen bisher nur punktuelle Ergebnisse vor.⁵ Auch ein Urteil über die deutsch-französischen Beziehungen in den ersten Jahren des Dritten Reiches kann sich kaum auf gründlichere Studien stützen.⁶ Dementsprechend sind die Bemühungen um eine überschauende Gesamtinterpretation für die Zwischenkriegszeit bisher nur von begrenzter Aussagekraft.⁷ Das Ausmaß der bestehenden Unsicherheit wird darin deutlich, daß in der Literatur sowohl das Jahr 1924 als auch das Jahr 1935 als die Wende-marke zwischen einer französischen und einer deutschen „Präponderanz“ in Europa genannt wird.⁸

Die vorliegende Untersuchung wendet sich im Rahmen eines größeren Projekts, das die deutsch-französischen Beziehungen und das Staatensystem in der Zeit der Weltkriege behandelt, den Jahren des Übergangs von den zwanziger zu den dreißiger Jahren zu, die als die „années tournantes“ bezeichnet worden sind.⁹ Im Blickpunkt steht die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Zeit zwischen den ersten Wochen des Kabinetts Müller II im Sommer 1928 und der Ankündigung des deutsch-österreichischen

⁴ Jon Jacobson, *Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925–1929*, Princeton 1972; Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985. – Hierzu auch, in Vorbereitung einer größeren Untersuchung, die Studien von Jacques Bariéty, „Der Versuch einer europäischen Befriedung: Von Locarno bis Thoiry“, in: Hellmuth Rößler, Erwin Hölzle (Hgg.), *Locarno und die Weltpolitik 1924–1932*, Göttingen 1969, S. 32–44; ders., „Finances et relations internationales: à propos du Plan de Thoiry (septembre 1926)“, in: *RI*, 21, 1980, S. 51–70. Vgl. auch unten S. 11, Anm. 6. Nicht völlig ausgereift, aber unentbehrlich ist Clemens A. Wurm, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*, Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1979.

⁵ Hervorgehoben seien die beiden Werke von Edward W. Bennett, *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931*, Cambridge 1962, und ders., *German Rearmament and the West, 1932–1933*, Princeton 1979, die auch die bisherige Konzentrierung der Forschung auf einzelne, unverbunden voneinander behandelte Sachgebiete innerhalb des internationalen Kontextes belegen. Zur historiographischen Situation siehe auch die kommentierte Auswahlbibliographie in Karl Rohe (Hrsg.), *Die Westmächte und das Dritte Reich, 1933–1939*, Paderborn 1982, S. 203–204.

⁶ Hierzu vor allem *La France et l'Allemagne 1932–1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris (Palais du Luxembourg, salle Médicis) du 10 au 12 mars 1977*, Paris 1980; Franz Knipping, „Die deutsche Diplomatie und Frankreich 1933–1936“, in: *Francia*, 5, 1977, S. 491–512; Klaus Hildebrand, „Die Frankreichpolitik Hitlers bis 1936“, *ibid.*, S. 591–625. Einige interessante Aspekte werden beleuchtet in Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1980. Für die französische Stelle siehe Young, *In Command of France*, sowie Duroselle, *La Décadence*.

⁷ Das gilt auch für die Behandlung des Themas in dem Band Poidevins und Bariéty's (siehe Anm. 1).

⁸ Für das Jahr 1924 mit Abstufungen die in Anm. 2 zitierten Autoren. Für das Jahr 1935 etwa Roland A. Höhne, *Faktoren des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses innerhalb der gemäßigten Rechten Frankreichs in den Jahren 1934–1936. Eine historisch-politologische Studie zum Verhältnis von Gesellschaftssystem und Außenpolitik*, Diss., Berlin 1968, S. 7 und passim. Zu der Fragestellung Jon Jacobson, „Is There a New International History of the 1920s?“, in: *AHR*, 88, 1983, S. 617–645.

⁹ Der Begriff wurde geprägt von Henry Daniel-Rops, *Les années tournantes*, Paris 1932.

Zollunionsprojekts im März 1931. Angesichts der Forschungslage, zu der auch die erschwerte Zugänglichkeit (in Frankreich) bzw. die späte Publikation (in Deutschland) der relevanten Archivmaterialien zu rechnen ist, geht die Untersuchung von der Überzeugung aus, daß die Rekonstruktion und interpretatorische Verknüpfung der Fakten auf der Grundlage eingehenden Quellenstudiums allen anderen Bemühungen vorausgehen müssen. Es liegt ihr des weiteren die Überzeugung zugrunde, daß die Durchleuchtung der internationalen Beziehungen in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren, die bisher nur unzureichend geleistet ist, Erhebliches zum Verständnis der Mechanismen beizutragen vermag, die in die fatale Krise der dreißiger Jahre führten.

Das besondere sachliche Interesse an dem Untersuchungszeitraum wird durch die Frage bestimmt, wie es kam, daß die durch die Namen Briands und Stresemanns gekennzeichneten deutsch-französischen Verständigungsbemühungen der Jahre 1924–1928 wieder von einem stärker aus Konfliktmustern bestehenden Verhältnis abgelöst wurden. Warum verliefen die Ausgleichshoffnungen von Locarno, Thoiry und Genf im Sande, mündeten zunehmend ein in konfrontatorische Töne und Verhaltensweisen? Lag es an der Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage, etwa der Konjunkturentwicklung in Deutschland und Frankreich? Oder gab es andere, mehr „politische“ Gründe nationaler und/oder internationaler Dimension? Damit ist die weitergehende Frage aufgeworfen, ob und inwieweit zwischen dem Ende der – vorwiegend in politisch-diplomatischen Begriffen zu definierenden – „Locarno-Ära“ und der aufkommenden Weltwirtschaftskrise Zusammenhänge bestehen. Wird die häufiger anzutreffende allgemeine These,¹⁰ daß die Weltdepression eine Zäsur für die Entwicklung des internationalen Systems der Zwischenkriegszeit dargestellt habe, durch den Verlauf der deutsch-französischen Beziehungen in der Anfangsphase der Krise erhärtet? Oder ist insofern eine Relativierung dieser These vorzunehmen, als tiefgreifende Auflösungserscheinungen des internationalen politischen Zusammenhalts bereits auftraten, *bevor* die handelnden Politiker in den Industriestaaten sich ungewöhnlichen ökonomischen Schwierigkeiten gegenübersehen? Wäre am Ende, vielleicht nur etwas später, eine kriegsträchtige politische Krise des internationalen Systems auch ohne besondere weltwirtschaftliche Erschütterungen eingetreten? Hätte sie vermieden werden können? Welche Rolle und Funktion ist den Entscheidungsspielräumen einzelner verantwortlicher Politiker beizumessen? Antworten auf diese Fragen, die die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ebenso in den Blick zu nehmen haben wie die Spannung zwischen strukturellen Vorgaben und politischen Entscheidungen, ermöglicht, wie zu zeigen sein wird, nur die genaue, mitunter geradezu „positivistische“ Prüfung der internationalen Entwicklungen im Detail. Denn wohl mehr noch als in anderen Bereichen steckt in der Geschichte der internationalen Beziehungen der Teufel, aber auch die Wahrheit, im Detail.

Bei der Untersuchung waren mehrere methodische Gesichtspunkte zu beachten, auf die an dieser Stelle nur in aller Kürze eingegangen werden kann. Zunächst hat das Axiom

¹⁰ Hierzu etwa Andreas Hillgruber, „„Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik“, in: HZ, 237, 1983, S. 597–621, bes. S. 614; ders. differenzierter in Martin Broszat u. a. (Hgg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll, Berlin 1983, S. 281. – Auf die ungleichmäßige internationale Verteilung wirtschaftlicher und politischer Krisenphänomene im Jahre 1929 verweist Gerhard Schulz, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918–1945, 2. Aufl. Göttingen 1976, S. 96.

zu gelten, daß die Behandlung von Themen der Geschichte der internationalen Beziehungen grundsätzlich von einer „Pluralität autonomer Entscheidungszentren“¹¹ ausgehen muß. Das heißt, daß die Analyse und Bewertung des Ablaufs der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, vor allem aber auch der Motive und bewegenden Triebkräfte, die den Ablauf beeinflussten oder gar determinierten, zur Voraussetzung hat, daß beide Seiten in ihrem je eigenen Bedingungs- und Wirkungszusammenhang aufgesucht und verstanden werden. Französische Deutschlandpolitik kann ebensowenig aus der deutschen Interessenlage und unter deutschen Zielsetzungen zureichend erklärt werden wie deutsche Frankreichpolitik unter französischen Gesichtspunkten. Die größtmögliche Annäherung an das Ideal einer objektiven Betrachtung und abgewogenen Bewertung einer bilateralen Staatenbeziehung erfordert die genaue Kenntnis der Verhältnisse auf beiden Seiten, also auch der Quellen und des Schrifttums in Deutschland und in Frankreich gleichermaßen.

Als ebenso selbstverständlich sollte gelten, daß bilaterale Staatenbeziehungen nur als Teil eines größeren multilateralen Zusammenhangs, als Ausschnitt aus dem Gesamtgefüge des Staatensystems mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden können. Dies gilt für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in den Jahren 1928–1931 in besonderem Maße, denn es zeigt sich rasch, daß ihnen, wie in den vorhergehenden Jahren, hier immer noch eine zentrale Funktion innerhalb des internationalen Gesamtsystems zukam. Die deutsch-französische Rivalität war auch in den späten zwanziger Jahren noch ein Schlüssel zum gesamten Staatensystem, sie stellte gleichsam ein Herzstück in der Bewegung des Systems dar, eine Art Resonanzkasten, dessen Schwingungen alle Teile des Systems in der einen oder anderen Weise in Mitschwingungen versetzten und von diesen wiederum reflektiert wurden. Die bilateralen Beziehungs- und Berührungspunkte zwischen den beiden Nachbarstaaten sind daher stets auch in den größeren Zusammenhang der europäischen, ja der Weltgeschichte zu stellen. Eine eingehendere Beschäftigung mit den deutsch-französischen Beziehungen in dieser Zeit läßt es namentlich als unumgänglich erscheinen, sie konsequent im Rahmen des „atlantischen Vierecks“ Deutschland–Frankreich–England–USA zu betrachten, das den wohl wesentlichen Kontinuitätsträger der internationalen Entwicklung in der Zeit der Weltkriege darstellte. Das Thema der Untersuchung läßt sich dementsprechend auch umschreiben als: das Versailler System als Austragungsort einer allgemeinen deutsch-französischen Mächterivalität.

Eine weitere methodische Überlegung hat der Einordnung der Untersuchung in den chronologischen Zusammenhang zu gelten. Zu dem zu konstatierenden Mangel an quellennahen Studien über die internationalen Beziehungen in den späten zwanziger und den frühen dreißiger Jahren hat offenkundig auch die Schwierigkeit beigetragen, einen gesicherten Ausgangspunkt der Darstellung etwa im Jahre 1928 zu gewinnen. Der eigentliche Ausgangspunkt für die meisten der in den späten zwanziger Jahren zu beobachtenden Entwicklungen sind das Kriegsende und die Nachkriegsregelungen. Ein Einstieg in die Darstellung in den ausgehenden zwanziger Jahren setzt daher eine überschauende Beurteilung der internationalen Vorgänge während des gesamten dem Waffenstillstand vom November 1918 folgenden Jahrzehnts voraus. Da indessen die Erforschung der internationalen Beziehungen in den zwanziger Jahren, namentlich nach 1924/25, noch erhebli-

¹¹ Die Definition bei Raymond Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt 1963, S. 27.

che Lücken aufweist, muß am Anfang der vorliegenden Untersuchung eine zusammenfassende Interpretation stehen, die auch bei erschöpfender Heranziehung der vorhandenen Spezialliteratur einige Unsicherheitsmomente enthält, nichtsdestoweniger aber für die Bewertung der gesamten folgenden Entwicklung konstitutiv ist. Diese methodische Schwierigkeit der chronologischen „Verankerung“ der „années tournantes“ begleitete die Arbeit, namentlich die Abfassung des Einleitungskapitels, unentwegt.

Eine weitere methodische Überlegung drängt sich auf. Die Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen in den Jahren 1928–1931 erfordert auch eine angemessene Behandlung des – grundsätzlich nicht zeitgebundenen – Phänomens unmerklicher, aber grundlegender machtpolitischer Verschiebungen in Zeiten scheinbarer Normal- oder Ruhelagen des internationalen Systems. Die Erhellung spannungs- und entscheidungsreicher Perioden, wie sie die Vorgeschichte und Geschichte von Kriegen, von weltpolitisch relevanten Entscheidungen und Knotenpunkten, von internationalen Konferenzen darstellen, kann sich mit einem relativ groben Fragenraster begnügen, welches indessen die allmählichen, bisweilen unmerklichen Veränderungen, die sich in vordergründig ereignisarmen Zeiten auf der Ebene der „forces profondes“¹² vollziehen, nicht hinreichend zuverlässig einzufangen vermag. Die deutsch-französischen Beziehungen durchliefen zwischen 1928 und 1931 eine folgenschwere Entwicklung, aber deren Ansatz-, Übergangs- und Bruchstellen sind in den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen nur schwer zu erkennen, verbergen sich in komplizierten Details, verteilen sich auf verschiedene Einzelbereiche oder über längere Zeiträume. Auch dieser Sachverhalt verweist auf das Erfordernis, bei der gewählten Themenstellung in besonderem Maße die Details und Nuancen der Entwicklung in den Blick zu nehmen, aus denen sich dann in einem zweiten Zugriff zuverlässig Zusammenhänge herstellen lassen.

Aus dieser letzteren Überlegung ergaben sich wesentliche Gesichtspunkte für die Form der Darstellung. Da sich die deutsch-französischen Spannungen auf praktisch allen Feldern der internationalen Politik niederschlugen, erfordert ihre begründete Interpretation die eingehende Untersuchung mehrerer paralleler, nur zu einem Teil miteinander verflochtener Handlungsstränge – der Rheinland- und Saarfragen, der Reparationsproblematik, der Militärfrage, der Südosteuropa-Frage – und sodann deren Bündelung zu einem Gesamtprozeß. Die verschiedenen bilateralen und multilateralen Berührungsebenen, die zum Teil kompliziert und zum Teil auch quellenmäßig noch nicht hinreichend aufgearbeitet sind, bilden in einigen Fällen für sich den Gegenstand intensiver Forschungskontroversen. Diese im einzelnen zu diskutieren, hieße, das Thema der Untersuchung aus den Augen zu verlieren. Nichtsdestoweniger sind sie angemessen zu beleuchten, allerdings mit dem Ziel der Synthese unter dem Gesichtspunkt des deutsch-französischen Verhältnisses. Die sich aus diesem Vorgehen für die Darstellung ergebenden Probleme liegen auf der Hand. Die quellenmäßige Aufarbeitung komplizierter Einzelbereiche erfordert unter dem Vorzeichen der deutsch-französischen Beziehungen gelegentlich ungewohnte Richtungen der Betrachtung. Manche nicht unmittelbar relevanten Aspekte, wie innenpolitische Hintergründe oder Eigenarten von Entscheidungsfindungen, die bei der Betrachtung der Außenpolitik eines einzelnen Landes ihren Platz haben, müssen auf der Ebene des Staatensystems häufig ausgeklammert bleiben oder können nur ange-

¹² Zur Theorie der „forces profondes“ siehe Pierre Renouvin, Jean-Baptiste Duroselle, *Introduction à l'histoire des relations internationales*, Paris, 3. Aufl. 1970.

deutet werden. In manchen Fällen erfahren Einzelvorgänge durch die Einordnung in den besonderen Zusammenhang auch neue Bewertungen. Da gelegentlich sachlich aufeinanderfolgende Entwicklungen aus Gründen der allgemeinen Chronologie voneinander getrennt dargestellt werden müssen, sind Wiederholungen nicht immer ganz vermeidbar.

Besonders anzumerken ist, daß eine für sich wichtige, für die Interpretation der deutsch-französischen Beziehungen in dieser Zeit allerdings sekundäre Berührungsebene im folgenden nicht behandelt wird: die Aus- und Rückwirkungen des deutsch-französischen Verhältnisses auf die Entwicklungen in Osteuropa, in der Beziehung zu Polen und zur Sowjetunion, und umgekehrt. Dieses vielschichtige Thema erfordert eine gesonderte Studie.¹³

Die Untersuchung basiert auf Materialien aus deutschen, französischen und britischen Archiven, insbesondere auf den Akten des deutschen und – mit einem seinerzeit freundlich gewährten Sonderbenutzungsrecht – des französischen Außenministeriums. Die beiden Außenministerien werden als die für die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses und die Relevanz und Aussagekraft des überlieferten Aktenmaterials entscheidenden Stellen betrachtet. Auch die wirtschaftlichen Vorgänge, die für außenpolitisches Entscheidungshandeln erheblich waren, befinden sich in ihren Archiven. Soweit dies erforderlich schien, wurden fallweise aber auch Akten aus anderen, im Quellenverzeichnis und in den Anmerkungen aufgeführten Provenienzen zusätzlich herangezogen. Die zu Rate gezogene Spezialliteratur wuchs unter der vielschichtigen Themenstellung der Arbeit zu großen Dimensionen an. In der Regel wurde, zumal bei nichtkontroversen Fragen, darauf verzichtet, bei der Behandlung der Einzelaspekte die Fülle der Literatur in die Belege aufzunehmen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Untersuchung ist eine Dankesschuld angewachsen, die hier kaum angemessen abgegolten werden kann. Sie gebührt namentlich den Damen und Herren des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Bonn (Dr. Weinandy, Dr. Gehling), des Bundesarchivs in Koblenz, des Instituts für Zeitgeschichte in München, des Archivs und der Bibliothek des französischen Außenministeriums (Jean Laloy, Maurice Degros, Georges Dethan, Yves Lacaze), des französischen Finanzministeriums (Alice Guillemain), der Pariser Archives Nationales, Bibliothèque Nationale und Fondation Nationale des Sciences Politiques, des Londoner Public Record Office. Sie gebührt meinen anteilnehmenden Freunden Jacques Bariéty, Georges Soutou, Roland Thimme, Maurice Vaisse. Sie gilt meinem früh verstorbenen Doktorvater Josef Engel, und ebenso Andreas Hillgruber, die beide seinerzeit das Projekt auf den Weg bringen halfen. Sie gebührt der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ein Habilitandenstipendium und einen Zuschuß zur Drucklegung. Der Dank gilt insbesondere Gerhard Schulz, dessen Vertrauen, Anregung, Geduld zu dem guten Fortgang des Unternehmens Wesentliches beigetragen haben.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 1984 von der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen als schriftliche Habilitationsleistung angenommen. Für den Druck wurde sie leicht überarbeitet.

Tübingen, im April 1986

Franz Knipping

¹³ Einen vorzüglichen ersten Teilaufriß der Fragestellung bieten Piotr S. Wandycz, Peter Krüger und Georges Soutou in „La Pologne entre Paris et Berlin de Locarno à Hitler (1925–1933)“, in: RHD, 95, 1981, S. 236–348.

I. Die Ausgangslage: das Nachkriegsjahrzehnt 1919–1928

In den zehn Jahren, die dem Ende des Ersten Weltkriegs und den Pariser Friedensregelungen folgten, bereitete sich in verdeckten Formen eine Krise des europäischen Staatensystems vor, die etwa Mitte 1928 aufzubrechen begann. Politische und wirtschaftliche Inkonsequenzen und Halbheiten der Friedensverträge bewirkten, daß sich in diesem Jahrzehnt in den europäischen Mächtebeziehungen zunehmend Spannungen aufbauten, die durch internationale Konferenzdiplomatie und neue Vereinbarungen zwischen den Regierungen nur unzureichend abgemildert werden konnten, und die sich an einer Stelle entscheidend verdichteten: im Verhältnis zwischen den kontinentalen Hauptkriegsgegnern Deutschland und Frankreich. Beide waren in existentieller Weise von der Lösung jener für die Zukunft des Nachkriegssystems wesentlichen Frage betroffen, die alle europäischen Regierungen, auch die Regierung der USA bewegte: der Frage, welcher Platz dem besiegten Deutschen Reich künftig in Europa und in der Welt zukomme – der einer von den Siegermächten dauerhaft kontrollierten mittleren Großmacht, oder der des „halbhegemonialen“¹ Bismarck-Staates? Die Beantwortung der Frage entschied über die internationale Rangstellung der beiden benachbarten großen Mächte. Eine Antwort in ersterem Sinne versprach Frankreich, eine Antwort in letzterem Sinne Deutschland als europäische Vormacht zu etablieren. Die Spannungen um diese Frage spitzten sich in den späten zwanziger Jahren zu, nachdem alle Bemühungen, sie abzumildern, nichts anderes bewirkt hatten als allmähliche Verschiebungen des deutsch-französischen Kräfteverhältnisses zu deutschen Gunsten, Veränderungen also mit der dramatischen Tendenz zur Annullierung und letztendlichen Umkehrung der Ergebnisse des Weltkrieges, soweit sie Frankreich zur präponderanten Siegermacht auf dem europäischen Kontinent und Deutschland zum gedemütigten und vielfältig belasteten Kriegsverlierer bestimmt hatten.

Die dieser Entwicklung zugrunde liegenden strukturellen Ursachen bestanden vor allem darin, daß zum einen das Deutsche Reich trotz aller ihm im Versailler Vertrag auferlegten Einbußen und Belastungen sein dem französischen überlegenes ökonomisch-demographisches Potential bewahren konnte² und zudem willens war, es politisch zu realisieren, und daß andererseits die französisch-britisch-amerikanische Kriegsallianz entgegen den Erwartungen der Pariser Führung nach Kriegsende wieder auseinanderbrach.

¹ Der von Ludwig Dehio geprägte Begriff (Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948, S. 193 ff.; ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955) wurde aufgenommen von Andreas Hillgruber (u. a. Bismarcks Außenpolitik, Freiburg 1972, S. 129 ff.).

² Hierzu überblicksartig Jacques Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale, S. 173 ff.; ders. in Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 314–316.

Unter diesen Umständen reichten die ökonomischen und politischen Machtmittel Frankreichs auch unter Einrechnung der Ressourcen seines Kolonialreichs und unter Berücksichtigung der in den frühen zwanziger Jahren geknüpften Ostpakte sowie des Völkerbunds nicht aus, um der von ihm 1919 beanspruchten Vormacht-Rolle in Europa dauerhaft gerecht werden zu können. Vielmehr wurde die französische Position im europäischen Nachkriegssystem stetig ausgehöhlt, ging über in eine langsame und zum Teil unmerkliche Rückzugsbewegung vor dem wiederaufsteigenden Deutschland und wurde in den späten zwanziger Jahren zunehmend in Frage gestellt. Der offene Austrag eines deutsch-französischen „Duells“ bahnte sich an, ein zähes Ringen um die friedensvertraglichen Grundlagen des Versailler Systems (Rheinlandbesetzung, Saarkontrolle, Reparationen, Militärstatut, ost- und südosteuropäische Fragen) im Zeichen hie des französischen Sicherheits- und dort des deutschen Revisionsbedürfnisses. Es ist wahr, daß sich auf beiden Seiten auch verschiedene Ausgleichs- und Verständigungsbemühungen grundsätzlicher Natur bekundeten, die, soweit sie politisch relevant wurden, alle Beachtung der Forschung verdienen; letztlich sollten sie aber unter dem Vorzeichen der machtpolitischen Rivalität auf der Strecke bleiben.³

Freilich konnte Frankreich trotz zunehmender Relativierungen seiner internationalen Position eine gewisse europäische Sonderstellung bis 1928 insgesamt noch behaupten. Das Ergebnis mehrerer französischer und amerikanischer Arbeiten aus jüngerer Zeit, demzufolge die französische „Präponderanz“ bereits im Jahre 1924 ihr Ende gefunden habe,⁴ sollte gewiß nicht überbetont werden. Zwar endete 1924 die französische Politik der strikten „exécution“ des Versailler Vertrags; zwar auch war Frankreich zu diesem Zeitpunkt mit dem Versuch der langfristigen ökonomischen Beherrschung Deutschlands gescheitert, hatte weitgehend das Recht auf einseitige territoriale Sanktionen verloren und mußte ratlos das zunehmende Eindringen anglo-amerikanischer Stabilisierungskonzepte und -mittel nach Europa und insbesondere Deutschland mitansehen. Aber Frankreich blieb auch noch in den Jahren nach 1924 im Besitz einer Reihe von Prärogativen, die ihm vorerst weiter eine überlegene politische Position gegenüber Deutschland sicherten. Zu verweisen ist auf die starke französische Militärmacht, auf die in der fortdauernden Besetzung linksrheinischer Gebiete liegenden faktischen Sanktionsmöglichkeiten, auf ein erhebliches Reparationshabes, zu dem ja seit 1926/28 eine grundlegende Stärkung der internationalen Finanzposition hinzukam, auf einen gewichtigen politischen und militärischen Einfluß Frankreichs in Ost- und Südosteuropa. Für die deutsche Regierung andererseits galt auch noch in den späten zwanziger Jahren, daß sie keinen außenpolitischen Schritt unternehmen konnte, ohne die Reaktion Frankreichs in Rechnung stellen zu müssen.⁵ Erst an der Wende zu den dreißiger Jahren sollte sich dies allmählich zu ändern beginnen.

³ Die deutsch-französischen Verständigungsbewegungen zwischen den Weltkriegen, die auf beiden Seiten im Schatten der nationalistischen Tendenzen standen, würden eine gründlichere Darstellung verdienen. Erinnert sei hier an das Mayrisch-Komitee, die Rechberg-Initiativen, die Veteranenverbände, die Bemühungen der Linksparteien auf beiden Seiten des Rheins usw. Krüger, Außenpolitik der Weimarer Republik, überschätzt die Auswirkung solcher Bemühungen auf die Berliner Frankreichpolitik.

⁴ Siehe oben, S. 2 sowie die dort in Anm. 2 genannten Arbeiten von Schuker, McDougall, Trachtenberg sowie, zurückhaltender, Bariety.

⁵ Hierauf verweist Anne Orde, „The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931“, in: CEH, 13, 1980, S. 34–59, hier S. 41–42.

1. Die französische Politik im Banne des Sicherheitsproblems

Der Versuch einer überschauenden Betrachtung der europäischen Verhältnisse zwischen 1919 und 1928 legt den Befund nahe, daß vor allem strukturelle Bedingungen der Position, die Frankreich im und nach dem Kriege innehatte, ausschlaggebend dafür waren, daß die gegenüber Deutschland getroffene Friedensregelung mit einer knapp zehnjährigen Verzögerung wieder grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Die gleiche relative Schwäche der europäischen Großmacht Frankreich, die sich in dem Unvermögen bekundet hatte, sich gegenüber dem deutschen Ansturm während des Weltkrieges allein aus eigener Kraft zu behaupten, bedingte 1919/20 den interalliierten Charakter einer Friedensregelung, in der Frankreich als mitsiegender Hauptbetroffener die von seiner politischen und militärischen Führung für erforderlich gehaltene Sicherheitslösung nicht durchsetzen konnte. In den darauffolgenden Jahren führte die mangelnde Fähigkeit, die nationale Sicherheit nachträglich befriedigend zu organisieren, Frankreich zunehmend auf den Weg internationaler Friedenssicherungs-Bemühungen, an dessen Ende nichts anderes als der Zwang stand, über wesentliche Teile der Friedensregelung praktisch noch einmal verhandeln zu müssen.⁶

1. Zunächst ging in der Friedensregelung von 1919/20 die Sicherheitslösung, die gegenüber dem Deutschen Reich in Zukunft für erforderlich gehalten wurde, verloren. Dies geschah in zwei aufeinanderfolgenden Etappen. Zuerst mußten sich die französischen Unterhändler auf der Pariser Friedenskonferenz infolge des Widerspruchs der Hauptverbündeten England und USA erhebliche Einschränkungen ihrer ursprünglichen Zielvorstellungen gefallen lassen. Und nur wenige Monate später erwies sich die an diese Zugeständnisse geknüpfte Erwartung, daß sich die im Krieg gegen Deutschland praktizierte Kooperation mit den beiden angelsächsischen Mächten auch in der Nachkriegszeit fortsetzen lasse, als weitgehend illusorisch.

Die ursprünglichen französischen Erwartungen, wie sie sich aus der Kriegszieldiskussion ergaben, die in den regierenden Mitte-Rechts-Gruppen vor allem in der letzten Phase des Krieges geführt worden war, richteten sich auf die dauerhafte und verlässliche Sicherung des nationalen Territoriums gegen eine Wiederholung der traumatischen Erfahrung eines deutschen militärischen Angriffs mit der Folge einer mehrjährigen Existenzkrise. In den Vorstellungen dominierte zunächst eine offensive Betrachtungsweise, die eine grundlegende Umstrukturierung des kontinentalen Kerngebietes durch eine deutsch-französische Machtverschiebung, d. h. eine Angleichung der ökonomischen Potentiale zu französischen Gunsten postulierte. Frankreich sollte die historische Stunde nutzen, um machtpolitisch die Parität, wenn nicht eine Überparität gegenüber dem Bis-

⁶ Eine wissenschaftlich befriedigende Geschichte der französischen Außenpolitik in den zwanziger Jahren fehlt bisher. Erste Synthesen, die indessen nicht auf ausreichenden Aktenstudien beruhen, versuchten René Albrecht-Carrié, *France, Europe and the two World Wars*, New York 1961 und J. Néré, *The Foreign Policy of France from 1914 to 1945*, London/Boston 1975. Eine gründliche Untersuchung von Jacques Bariéty unter dem Titel „L'illusion 1919–1932“ ist in Vorbereitung. – Die folgenden Ausführungen stützen sich zum Teil auf Erörterungen der Sektion 22 des 34. Deutschen Historikertags am 9. Oktober 1982 in Münster, über „Deutschland, Frankreich und der Zusammenbruch der europäischen Zwischenkriegsordnung, 1914/18–1940/45“, deren Publikation vorbereitet wird.

marckschen Nationalstaat zu erreichen. Dabei wurde von verschiedenen Prämissen ausgegangen: daß sich nämlich (1.) in der Nachkriegszeit eine französisch-britisch-amerikanische Zusammenarbeit gegenüber Deutschland gleichermaßen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet befestigen werde; daß zudem (2.) dauerhafte „Garantien“ im Rheinland erreichbar seien, zum mindesten in der Form einer Neutralisierung bei ständiger französischer Okkupation, besser noch als französischerseits kontrolliertes autonomes Gebiet innerhalb des Reichsverbandes, im Idealfalle in der Form eines vom Reich abgetrennten französischen Protektorats; daß (3.) Frankreich durch die unbeschränkte Nutzung der lothringisch-saarländischen Erz-Kohle-Kombination zum größten europäischen Stahlproduzenten aufsteigen könne; daß sich (4.) durch Bündnisse mit Belgien, Luxemburg und vielleicht auch Italien der französische Wirtschaftsraum weiter vergrößern ließe; daß (5.) durch eine finanzielle und industrielle Offensive in Ost- und Südosteuropa die dortigen deutschen und österreichischen Interessen dauerhaft ausgeschaltet werden könnten; daß schließlich (6.) das Deutsche Reich für längere Zeit kontrolliert und geschwächt werden könnte durch Reparationslasten, die gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs stützen würden.⁷

Bekanntlich konnte indessen Ministerpräsident Clemenceau in den Friedensverhandlungen diese Zielvorstellungen nur zu einem Teil durchsetzen. Zwar gelang es ihm, Präsident Wilson und Premierminister Lloyd George eine weitgehende Festschreibung der französischen Positionen in den rüstungs-, wirtschafts- und reparationspolitischen Fragen abzurufen und auch die Absichten hinsichtlich Belgiens, Luxemburgs, Ost- und Südosteuropas voranzubringen.⁸ Doch anstelle der angestrebten Annexion des Saarkohlebeckens konnte nur ein zeitweiliges französisches Eigentumsrecht an den Gruben erreicht werden, wobei das Gebiet politisch der Verwaltung einer Regierungskommission des Völkerbunds unterstellt wurde und die Bevölkerung nach Ablauf von 15 Jahren durch ein Plebiszit über die endgültige politische Zukunft des Landes entscheiden sollte.⁹ Vor allem gelang es aber nicht, den entscheidenden Punkt der permanenten Kontrolle der linksrheinischen Territorien zur Anerkennung zu bringen. Wilson und Lloyd George

⁷ Zum Stand der französischen Kriegsziel-Forschung bisher vor allem Georges Soutou, „La France et les marches de l'Est, 1914–1919“, in: RH, 1978, S. 341–388; D[avid] Stevenson, *French War Aims against Germany, 1914–1919*, Oxford 1982. Etwas verkürzt Gitta Steinmeyer, *Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919*, Stuttgart 1979. Wichtig, aber inzwischen insgesamt überholt die Vorstudie von Pierre Renouvin, „Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914–1918“, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele*, Köln/Berlin 1969, S. 443–73. – Aufschlüsse über die wichtige Frage, inwieweit Frankreich während des Ersten Weltkriegs in der Zielsetzung machtpolitisch Parität mit dem deutschen Nationalstaat suchte und inwieweit eine neue Hegemonie, bietet die Habilitationsschrift von Georges Soutou (Universität Paris IV–Sorbonne) über „Les buts de guerre économiques des Grandes Puissances 1914–1919“, deren Drucklegung vorbereitet wird.

⁸ Zur Dokumentation der Pariser Friedenskonferenz siehe vor allem *Papers relating to the Foreign Relations of the United States, Supplement, Paris Peace Conference 1919*, 13 Bde., Washington 1942–1947, sowie die stenographischen Notizen des französischen Dolmetschers Paul Mantoux, *Les Délibérations du Conseil des Quatre (24 mars – 28 juin 1919)*, 2 Bde., Paris 1955. Eine übersichtliche Darstellung aus französischer Sicht bietet André Tardieu, *La Paix*, Paris 1921. Von den Arbeiten aus jüngerer Zeit sind hervorzuheben Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counter-Revolution at Versailles, 1918–1919*, New York 1967; Gerhard Schulz, *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920*, 5. Aufl. München 1980.

⁹ Tardieu, *La Paix*, S. 277–307. Zur Saarfrage nach dem Ersten Weltkrieg siehe Maria Zenner, *Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935*, Saarbrücken 1966.

fürchteten unter anderem, daß hier ein neues Elsaß-Lothringen-Problem entstehen könnte, und erklärten sich daher nur mit einem vorübergehenden Okkupationsregime einverstanden, dessen Wiederaufhebung in drei Etappen für 1925, 1930 und 1935 vorgesehen wurde. Dafür boten sie der französischen Regierung für den Fall einer neuerlichen deutschen Aggression eine feste Beistandsgarantie an, die schließlich von Clemenceau als Ersatz für die dauerhafte Kontrolle der linksrheinischen Territorien akzeptiert wurde.¹⁰ Dies war ein schwerwiegender Schritt, mit dem Frankreich ein erstes Mal die Option einer autonomen, von ausländischer Mitsprache unabhängigen Lösung seines Sicherheitsproblems preisgab. Es ist allerdings fraglich, ob es zu dieser Grundentscheidung, die zum Gegenstand einer scharfen Kontroverse zwischen Clemenceau und Marschall Foch wurde,¹¹ eine realistische Alternative gab. Vermutlich war Frankreich auch zu diesem Zeitpunkt unmittelbar nach Kriegsende zu schwach, um unter Provozierung eines Bruchs des alliierten Bündnisses und einer – dann womöglich von Briten und Amerikanern begünstigten – verzweifelten deutschen Gegenwirkung auf die Dauer mit einer autonomen Rheinpolitik aufzutrumpfen zu können. Im übrigen glaubte Clemenceau offenbar, daß die politische Garantiezusage der angelsächsischen Mächte eine Art Pfand für die Fortführung der Kriegsallianz im Frieden sein könne und für Frankreich insgesamt einen soliden Schutz darstelle als eine zeitlich unbegrenzte Rheinlandkontrolle. Vielleicht konnte diese ja sogar auf evolutionäre Weise auch noch nachträglich erreicht werden. Dieser letzteren Möglichkeit sollte auch das Bemühen um eine enge Verknüpfung der auf maximal 15 Jahre befristeten Rheinlandbesetzung mit den Reparationen vorarbeiten, die voraussehbarerweise viel länger als 15 Jahre laufen würden, die Clemenceau sogar für letztlich unbezahlbar hielt.¹²

Es wog unter den Umständen sehr schwer, daß sich nach der friedensvertraglichen Fixierung einer nur zeitweiligen Rheinlandkontrolle die Garantiezusage der beiden angelsächsischen Mächte alsbald zerschlug. Durch die Weigerung des amerikanischen Senats im Frühjahr 1920, den Versailler Vertrag zu ratifizieren und die Garantiezusage an Frankreich zu bestätigen, und durch das darauf folgende Zurücktreten auch Großbritanniens von der Beistandsgarantie wurden die im Zusammenhang mit der Friedensregelung entwickelten französischen Sicherheitsvorstellungen in ihrem Kern getroffen.¹³ Es schien

¹⁰ Tardieu, *La Paix*, S. 162–257.

¹¹ Hierzu eingehend Jere Clemens King, *Foch versus Clemenceau. France and German Dismemberment 1918/19*, Cambridge 1960. Die Kontroverse wurde noch fortgeführt in Georges Clemenceau, *Grandeurs et Misères d'une Victoire*, Paris 1930, und Raymond Recouly, *Le Mémorial de Foch, Mes entretiens avec le Maréchal*, Paris 1930.

¹² Zur Politik Clemenceaus allgemein Edouard Bonnefous, *Histoire Politique de la Troisième République*. Tome troisième: *L'Après-guerre (1919–1924)*, 2. Aufl. Paris 1968, S. 1–99. Eine Zusammenstellung bisheriger (38!) Clemenceau-Biographien, unter denen sich bemerkenswerterweise keine einzige deutschsprachige befindet, in Edgar Holt, *The Tiger. The Life of Georges Clemenceau 1841–1929*, London 1976, S. 269–70. Die gegenwärtig abgewogenste und wissenschaftlich befriedigendste Biographie ist David Robin Watson, *Georges Clemenceau. A Political Biography*, London 1974.

¹³ Tardieu, *La Paix*, S. 225 ff. Zu den Grundfragen der französisch-britischen bzw. französisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg siehe Arnold Wolfers, *Britain and France between Two Wars. Conflicting Strategies of Peace since Versailles*, New York 1940, sowie W. M. Jordan, *Great Britain, France and the German Problem 1918–1939*, London 1943; Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933*, Chapel Hill 1979.

ihnen sozusagen nachträglich der Boden entzogen. Zwar bestand in der völlig neuen Situation, die sich damit ergab, angesichts der in Westeuropa herrschenden militärischen Stärkeverhältnisse fürs erste keine akute Bedrohung. Aber wenn nichts weiteres geschah, mußte nunmehr mit einer Entwicklung gerechnet werden, in der Frankreich vertragsgemäß nach Ablauf von 5, 10 und 15 Jahren schrittweise die strategische Kontrolle über das linksrheinische Glacis verlor, ohne über einen politischen Ausgleich in Form einer angelsächsischen Beistandsgarantie für den Fall eines neuerlichen deutschen Angriffs zu verfügen. Und dies war, wie sich rasch zeigen sollte, nur ein Teil der Wahrheit. Ein Wiedererstarken des Deutschen Reiches zu einer Frankreich ökonomisch, militärisch und politisch überflügelnden Großmacht wurde in dem Maße wahrscheinlicher, in dem sich abzeichnete, daß auch die in das sogenannte „schwerindustrielle Projekt“ des Versailler Vertrags gesetzten Erwartungen sich allenfalls teilweise realisieren würden, und daß Britannien und Amerika aktives Interesse an der Restrukturierung der deutschen Wirtschaft nahmen.¹⁴ Zudem schien, was die Möglichkeit einer permanenten Aufrechterhaltung des im Versailler Vertrag festgelegten deutschen Entwaffnungsstatuts anbetraf, angesichts des Gerangels um die deutsche Abrüstung Skepsis geboten. Indem so das Potential Deutschlands zu machtpolitischem Wiederaufstieg sich insgesamt erhalten zeigte und die Verbündeten zunehmend von einer Identifizierung mit der Sache Frankreichs abrückten, scheiterte das französische Nachkriegskonzept. Hellsichtigen Pariser Politikern war bereits seit 1920 klar, daß Frankreich auf mittlere Sicht gegenüber Deutschland in die Defensive zu geraten drohte, daß eine potentielle Sicherheitslücke bestand, und daß es fortan darum gehen mußte, einer in der Zukunft erneut möglichen Gefährdung des Landes von Osten her rechtzeitig entgegenzuwirken.¹⁵

2. Nachdem 1919/20 die für erforderlich gehaltene Sicherheitslösung verfehlt worden war, gelang es der Pariser Politik in den folgenden Jahren bis 1928 nicht, die in einer so zentralen Hinsicht entstandene Schiefelage der internationalen Position Frankreichs nachträglich befriedigend zu korrigieren. Fortgesetztes Bemühen, die auf mittlere Sicht nun als problematisch erscheinende Sicherheitsposition wieder zu wenden, führte nur zu Teilerfolgen. Diese wurden zudem mit Kompromissen erkaufte, deren Konsequenzen das Gesamtgebäude der europäischen Nachkriegsregelungen und die Stellung Frankreichs darin Stück für Stück weiter unterminierten und aushöhlten.

Frankreich hatte seit 1920 im Prinzip zwei Möglichkeiten, seine allgemeine Sicherheitslage wieder zu verbessern: man könnte sie als „nationale“ und als „internationale“ Sicherheitslösung bezeichnen. Die „nationale“ Möglichkeit bestand darin, daß Frankreich seine einstweilen noch vorhandene Überlegenheit auf dem europäischen Kontinent benutzte, um sich die fehlenden dauerhaften Sicherungen nachträglich autonom in Form physischer Garantien zu erzwingen. Dies erforderte nicht nur die strikte Durchführung

¹⁴ Zum Scheitern des „schwerindustriellen Projekts“ siehe Bariéty, *Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 121–171. Zur amerikanischen Deutschlandpolitik vor allem Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932*, Düsseldorf 1970. Zur britischen Deutschlandpolitik Bernd Dohrmann, *Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921–1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik*, München 1980.

¹⁵ Diesen Gedankengang entwickelt und belegt ausgiebig eine im Umkreis Tardieus entstandene, wenn nicht sogar von ihm selbst stammende Denkschrift vom Januar 1931, die sich im *Quai d'Orsay*, *Papiers Tardieu*, Carton 284 befindet. Siehe auch unten, S. 182 mit Anm. 4.

aller Bestimmungen des Versailler Vertrags, sondern darüberhinaus ihre Ausweitung, etwa durch die Förderung des rheinischen Separatismus, die Besetzung des Ruhrgebiets, die Perfektionierung der Verquickung von Rheinland- und Reparationsfrage. Eine solche Besinnung auf die vorerst noch verfügbare nationale Kraft schloß ein, daß eine gewisse Isolierung gegenüber den ehemaligen angelsächsischen Verbündeten in Kauf genommen und ihre bewaffnete Solidarität als von vorerst untergeordneter Bedeutung erachtet wurde. Sie enthielt auch das Kalkül, daß in einem eventuellen späteren Ernstfall England aus eigenem Interesse ohnehin, auch ohne vorherige Absprachen, Frankreich zu Hilfe kommen würde.¹⁶

Die andere, „internationale“ Sicherungsmöglichkeit bestand in dem Versuch, die 1919/20 gescheiterte kollektive Sicherheitslösung mit England und den USA in einem zweiten oder auch dritten Anlauf doch noch zu realisieren. Indem die britische und amerikanische Deutschlandpolitik zunehmend der Vorstellung eines „peaceful change“ in Europa und dem Interesse der Wiederherstellung des deutschen Marktes folgten, bedeutete dieser Weg, daß Frankreich sich stärker an die angelsächsischen Ordnungsvorstellungen anlehnte und den Abbau seiner Konfrontationshaltung gegenüber Deutschland zugunsten einer Verständigung ins Auge faßte. Eine solche „internationale“ Sicherheitsplanung implizierte eine eher skeptische Bewertung der eigenen Machtmittel selbst für den Fall, daß noch nachträglich eine dauerhafte Rheinlandkontrolle erreichbar sein sollte. Sie ging deshalb davon aus, daß auf keinen Fall bündnispolitische Risiken eingegangen werden dürften; daß vielmehr der langwierige Prozeß der Gewinnung kollektiver Sicherheit so frühzeitig wie möglich, und bereits in der Zeit, in der Frankreich noch über eine gewisse Vormachtstellung verfügte, eingeleitet werden müsse, damit für einen eventuellen späteren Ernstfall die bestmöglichen Vorkehrungen getroffen seien. Diese Vorkehrungen mochten im übrigen der deutschen Führung schon ab sofort neben Verständigungsgesten auch gewisse Abschreckungsimpulse vermitteln.¹⁷

Diese beiden Sicherungsmöglichkeiten, die „nationale“ und die „internationale“, wurden in der großen Linie der Jahre von 1920 bis 1928 von Frankreich nacheinander durchgeprobt. Zunächst war zwischen 1920 und 1924 – so hat die Forschung herausgearbeitet – die Deutschlandpolitik der Kabinette des *Bloc National* überwiegend im Sinne einer „nationalen“ Lösung von dem Bemühen um strikte „exécution“ des Versailler Vertrags gekennzeichnet.¹⁸ Dies bedeutete, wie die genauere Betrachtung zeigt, freilich nicht, daß nicht auch in dieser Phase bereits Ansätze einer Neuorientierung zu einer sicherheitspolitisch motivierten Verständigungspolitik gegenüber Deutschland eine Rolle spielten.

So führte etwa *Alexandre Millerand* (Ministerpräsident von Januar bis September 1920) zwar die ehrgeizige eigenständige Politik Frankreichs gegenüber Belgien (Militär-

¹⁶ Hierzu Georges Soutou, „Die Jahre 1918–1923“, unveröfftl. Man., vorgetragen auf dem 34. Deutschen Historikertag in Münster (siehe Anm. 6), im Besitz des Vf. Siehe auch Marilyn E. Weigold, *National Security versus Collective Security: The Role of the ‚Couverture‘ in Shaping French Military and Foreign Policy (1905–1934)*, Diss., St. John’s Univ., New York 1970.

¹⁷ Zu den konzeptionellen Grundlagen dieser Option etwa Georges Suarez, Briand. *Sa vie – son oeuvre, avec son journal et de nombreux documents inédits*, Bd. VI, *L’Artisan de la Paix*, Paris 1952, S. 1–19.

¹⁸ Hierzu vor allem Bariéty, *Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre mondiale*, passim.

konvention von 1920) und gegenüber Osteuropa (Bündnisvertrag mit Polen vom Februar 1921) fort, er suchte jedoch alles zu vermeiden, was das Verhältnis zu England hätte belasten können. Zum Beispiel lehnte er einen von der interalliierten Rheinlandkommission schon Ende 1919 vorgeschlagenen Einmarsch in das Ruhrgebiet ab. Vor allem ging er in der Rheinland- und Reparationspolitik neue Wege, die auf einen Abbau der Konfrontation gegenüber dem Deutschen Reich und auf eine stärkere Einbeziehung Deutschlands in die europäische Nachkriegsordnung hinwiesen. Die Rheinfrage erschien ihm weniger wegen der rheinischen autonomistischen Bestrebungen und Perspektiven interessant als wegen der Möglichkeit, von hier aus die staatliche Entwicklung Deutschlands in einem föderalistischen Sinne beeinflussen zu können. Bemerkenswert war vor allem das Bemühen Millerands um eine gewisse „Ökonomisierung“ der Reparationen: durch eine Ausweitung und Vereinfachung deutscher Sachlieferungen, die Frankreich dringend benötigte Rohstoffe und Industrieprodukte und Deutschland einen vergrößerten Absatzmarkt sichern würden, sollte eine deutsch-französische Wirtschaftsverflechtung erreicht werden, welche versprach, die Reparationen zu einem beiderseits rentablen Geschäft und *ipso facto* zu einem zusätzlichen Sicherheitselement zu machen. Dieses sogenannte „Seydoux-Projekt“ scheiterte indessen am Widerstand sowohl Berlins (namentlich der deutschen Industriellen, die vor einer Wiederherstellung der eigenen Produktionsgrundlagen nicht mit ihren französischen Partnern verhandeln wollten) als auch Londons und nicht zuletzt an der Opposition politischer Kreise in Paris.¹⁹

Aristide Briand (Regierungschef von Januar 1921 bis Januar 1922) begriff die Anlehnung an England (und möglichst, wie die französische Politik auf der Washingtoner Flottenkonferenz zeigte, auch an die USA) sogar als die eigentliche Plattform der französischen Deutschlandpolitik. Bei ihm zeigte sich frühzeitig die Bereitschaft, erreichbare „nationale“ Ziele gegenüber Deutschland „internationalen“ Sicherheitslösungen auch schon zu einem Zeitpunkt unterzuordnen, zu dem eine wirkliche deutsche Bedrohung noch längst nicht bestand, „afin que joue la sécurité collective aux mauvaises heures éventuelles“.²⁰ Als sich im Frühsommer 1921 Lloyd George wegen der unbefriedigenden Lage der britischen Wirtschaft entschloß, eine rasche und großzügige Lösung der Reparationsfrage anzustreben, war Briand, in der Hoffnung auf einen Allianzvertrag mit London, geneigt, ihm weitgehend zu folgen. Dies bedeutete nichts anderes, als daß er sich im Interesse des Einvernehmens mit Großbritannien anschickte, bis zu einem gewissen Grade reale Garantien gegenüber Deutschland, ja insgesamt die weiten politisch-wirtschaftlichen Ziele, die Frankreich 1919 verfolgt hatte, zu relativieren. Briand dämpfte wie Millerand die Autonomiebestrebungen im Rheinland und lehnte es, um die britische Regierung nicht zu irritieren, ab, den bereits paraphierten Bündnisvertrag mit Polen zu unterzeichnen. Am Ende scheiterte allerdings dieses Kabinett Briands, weil in Frankreich zu der Zeit die Preisgabe deutschlandpolitischer Ziele im Interesse einer besseren Zusammenarbeit mit England noch nicht konsensfähig war.²¹

¹⁹ Eine wissenschaftlich befriedigende Biographie Millerands gibt es bisher nicht. Raoul Persil, *Alexandre Millerand*, Paris 1949, ist überholt. Zur Politik des Kabinetts Millerand allgemein siehe Bonnefous, III, S. 100–158. Zum Seydoux-Projekt Georges Soutou, „Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21“, in: VZG, 23, 1975, S. 237–70.

²⁰ René Cassin an Antoine Prost, 24. 8. 1968, zitiert in Antoine Prost, *Les Anciens Combattants et la Société française, 1914–1939*, Bd. 3, Paris 1977, S. 115.

²¹ Zur Politik des Kabinetts Briand 1921/22 ausführlich und einleuchtend Georges Suarez, Briand.

Demgegenüber war freilich *Raymond Poincaré* (Ministerpräsident von Januar 1922 bis Juni 1924) davon überzeugt, daß das französische Sicherheitsproblem vorerst gar nicht aktuell sei und im Ernstfalle Großbritannien ohnehin an der Seite Frankreichs stehen werde. Infolgedessen ordnete er keineswegs seine Politik dem Ziel eines Bündnisses mit England unter. Zwar suchte er sich bei seinen Bemühungen um die Verbesserung der Sicherheitslage durch den Ausbau der militärischen Beziehungen zu Polen (Vertragsunterzeichnung im Februar 1922) und zur Kleinen Entente sowie durch Annäherung an Belgien und Italien, und auch bei seinem Bestreben um die Regelung des notleidenden Reparationsproblems eine britische Mitwirkung zu sichern; er war aber auch bereit, notfalls ohne (nicht freilich: gegen) Britannien zu handeln. So sollte die Ruhrbesetzung, „le suprême effort de la France pour chercher à imposer la réalisation du projet de 1919“,²² durchaus im Alleingang ein ernsthaftes Reparationsgespräch mit Berlin erzwingen, die Aussichten für eine dauerhafte Rheinlandkontrolle verbessern und London vor vollendete Tatsachen stellen. Der danach im Spätjahr 1923 von Poincaré eingeschlagene neue Kurs, der durch die Zustimmung zur Einberufung des zum Dawes-Plan führenden Sachverständigenausschusses gekennzeichnet war, bedeutete jedoch dann, daß er nun auch seinerseits zu dem Prinzip einer Lösung im Einvernehmen mit London und Washington und unter Einbeziehung der Reichsregierung übergang.²³

3. Diese Wende Poincarés in den letzten Monaten des Jahres 1923, die im einzelnen bisher noch nicht befriedigend aufgeheilt ist,²⁴ bezeichnete das Ende der Versuche, die in der Friedensregelung von 1919/20 verfehlte Sicherheitslösung nachträglich aus eigener Kraft zu erreichen. Unter Führung des in den Parlamentswahlen vom Mai 1924 siegreichen *Cartel des Gauches* Herriots schlug Frankreich nun entschiedener den Weg einer „internationalen“ Lösung seines Sicherheitsproblems ein, der unter Briand (Außenminister seit April 1925) in die „Locarno-Ära“ führte.

Die Neuorientierung der französischen Politik zog sich über mehr als ein Jahr – 1924 –

La vie – son oeuvre, avec son journal et de nombreux documents inédits, Bd. V, L'Artisan de la Paix, 1918–1923, Paris 1941, S. 76–417. Über die fast unübersehbare Briand-Literatur informiert Ferdinand Siebert, *Aristide Briand, 1862–1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1973, S. 691 ff. – Der offenbar in Familienbesitz befindliche Nachlaß Briands ist der Forschung, von der Verwendung in dem o. g. Werk Suarez' abgesehen, bisher nicht zugänglich.

²² Jacques Bariéty auf dem 34. Deutschen Historikertag in Münster (siehe Anm. 6), unveröfftl. Manuskript „Die Jahre 1924–1929“, im Besitz des Vf. – Siehe auch Ludwig Zimmermann, *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawes-Plan*, hrsg. von Walter Peter Fuchs, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1971.

²³ Zur Politik des Kabinetts Poincaré 1922–1924 vor allem Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*, S. 91–320; Bonnefous, III, S. 282–430. Von den zahlreichen Poincaré-Biographien sind hervorzuheben Jacques Chasteney, *Raymond Poincaré*, Paris 1948, und vor allem Pierre Miquel, *Poincaré*, Paris 1961.

²⁴ Die unterschiedlichen Positionen werden markiert von Bariéty, *Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 266–76 und Denise Artaud, *La Question des Dettes Interalliées et la Reconstruction de l'Europe (1917–1929)*, Lille/Paris 1978, S. 565–91. Siehe auch dies., „Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923: Das Problem der Interalliierten Schulden“, in *VZG*, 27, 1979, S. 241–59. Vgl. Schuker, *The End of French Predominance*, S. 171 ff.; Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 320 ff.; McDougall, *France's Rhineland Diplomacy*, S. 293 ff. Zwangslagen Poincarés unterstreicht Hermann J. Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923. Politics and Economics*, The Hague/Boston/London 1979, S. 234–254.

hin.²⁵ Sie setzte im wesentlichen die Erfahrung um, daß Frankreich sich endgültig als nicht stark genug erwiesen hatte, um im europäischen Nachkriegssystem seine Ordnungs- und Sicherheitsinteressen allein zur Geltung zu bringen. Die Neuorientierung reflektierte aber darüberhinaus auch, daß sich die Voraussetzungen für eine autonome Sicherheitslösung sogar fortwährend noch weiter verschlechterten. So zwangen etwa auch das Auslaufen der französischen Handelsprivilegien gegenüber Deutschland zum 10. Januar 1925 und das sich aus dem Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie ergebende Absatzproblem im Stahlbereich zu einer Neubewertung der Situation zwischen Frankreich und Deutschland.²⁶ Des weiteren zeigte sich rasch, daß durch das Einströmen massiver angelsächsischer Finanz- und Wirtschaftshilfe nach Deutschland der Dawes-Plan *de facto* umfunktionierte wurde von einem Instrument der Konsolidierung des Versailler Systems (wie es Poincaré erwartet hatte) zu einem Instrument der Konsolidierung Deutschlands, seines beschleunigten Wiederaufstiegs zur ersten Industriemacht Europas, und schließlich der Revision.²⁷ Daneben darf nicht übersehen werden, daß außer der Fähigkeit auch der Wille der Franzosen geringer wurde, sich allein mit den Deutschen zu messen. Die Hinwendung der französischen Wählerschaft zu den den Versailler Vertrag von Anfang an skeptischer bewertenden, mehr als die Politiker des *Bloc National* einem Ausgleich mit dem deutschen Nachbarn zuneigenden Mitte-Links-Parteien des *Cartel des Gauches* signalisierte unübersehbar eine Ermüdung der Öffentlichkeit über heroische Kraftakte gegenüber Deutschland, wie sie in der Ruhrbesetzung ihren Höhepunkt gefunden hatten.²⁸ Nicht zuletzt schließlich mußte Frankreich 1923/24 die unangenehme Erfahrung machen, daß es zur Lösung seiner Währungsschwierigkeiten selbst auf ausländische, insbesondere angelsächsische Kredithilfe angewiesen war, daß mithin bei der Ge-

²⁵ Eine zureichende Darstellung der französischen Außenpolitik ab 1924 fehlt. Zu den Anfängen siehe Bariéty, *Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 733 ff., sowie ders. in Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland 1815–1975*, S. 341 ff. Siehe auch Wurm, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*. Vgl. oben, S. 11, Anm. 6.

²⁶ Zu den wirtschaftlichen Zwängen siehe Jacques Bariéty, „Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen ‚Schwerindustriellen Projekt‘ des Versailler Vertrags“, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hgg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposions in Bochum vom 12.–17. Juni 1973*, Düsseldorf 1974, S. 552–568; ders., „Sicherheitsfrage und europäisches Gleichgewicht. Betrachtungen über die französische Deutschlandpolitik 1919–1927“, in: Josef Becker, Andreas Hillgruber (Hgg.), *Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 319–345; Ulrich Nocken, „Das Internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen 1924–1932“, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), *Konstellationen internationaler Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, Bochum 1984, S. 165–202; Erwin Respondek, *Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich*, Berlin 1929. – Allgemein zur wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs siehe Alfred Sauvy, *Histoire Economique de la France entre les deux Guerres*, 4 Bde., Paris 1965–1975; Jean Bouvier u. a., *Histoire Economique et Sociale de la France. Tome IV: L'ère industrielle et la société d'aujourd'hui. Second volume: Le temps des Guerres mondiales et de la grande Crise (1914 vers 1950)*, Paris 1980; François Caron, *Histoire Economique de la France, XIXe–XXe siècles*, Paris 1981.

²⁷ Bariéty, siehe Anm. 22.

²⁸ Zur Entwicklung der französischen öffentlichen Meinung Pierre Miquel, *La paix de Versailles et l'opinion publique française*, Paris 1972.

staltung der Außenpolitik sehr konkrete ökonomische Abhängigkeiten von den „Ex-Alliierten“ nicht außer acht gelassen werden konnten.²⁹

Wurde Frankreich somit aufgrund verschiedener Motive und Faktoren nationaler und internationaler Art auf das Bemühen um eine kollektive Sicherheitslösung verwiesen, so zeigten die internationalen Verhandlungen der Jahre 1924/25 ein weiteres. Unter den inzwischen eingetretenen europäischen Nachkriegsbedingungen, und namentlich nach dem Scheitern des Genfer Protokolls, war das als wesentlich erachtete Sicherheitsbündnis mit England nicht mehr exklusiv und gegen Deutschland, sondern nur noch unter Einbeziehung Deutschlands erhältlich. Die von Stresemann im Februar 1925 angeregte und bis zum folgenden Oktober zwischen London, Paris und Berlin unterschriftsreif ausgehandelten Locarno-Verträge waren im Kern eine deutsch-französisch-britische Dreimächte-Konstruktion, mit der Frankreich eine internationale Teillösung seines Sicherheitsproblems in Form der Absicherung seiner Nordostgrenze (aufgrund einer deutschen Nichtangriffsverpflichtung und einer britisch-italienischen Beistandszusage) erreichte, aber dafür eine starke Beschneidung seiner Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Deutschland und eine Minderung der Sicherheitsposition der östlichen Verbündeten Polen und Tschechoslowakei hinnahm. Locarno brachte somit keine volle Lösung des französischen Sicherheitsproblems, sondern nur einen Teilerfolg auf dem Wege dorthin.³⁰ In den folgenden Jahren fuhr die französische Diplomatie dementsprechend fort, in London, Washington und nicht zuletzt beim Völkerbund in Genf die Komplettierung der internationalen Sicherheitsgarantien zu suchen.

In den 30 Monaten zwischen Ende 1925 und Mitte 1928 sollte sich nun in zunehmendem Maße zeigen, daß Frankreich den sicherheitspolitischen Teilerfolg von Locarno mit einem großen Nachteil erkaufte. Der Zugewinn an kollektiver Sicherheit und eine besondere Zuneigung Austen Chamberlains zu Frankreich wurden dadurch aufgewogen, daß das Gesamtgebäude des Nachkriegssystems ins Schwanken geriet. Die von dem „Geist von Locarno“ weltweit ausgelöste Hoffnung auf den Beginn einer neuen, versöhnlicheren Ära der internationalen Entwicklung schuf eine Atmosphäre, in der die in der Verbitterung der unmittelbaren Nachkriegsmonate entstandenen Grundlagen des Versailler Systems vermehrtem Begründungszwang ausgesetzt wurden. Die „Locarno-Diplomatie“, die bei allen Ansätzen zu idealistischer Überhöhung doch im wesentlichen eine neue Form des zwischenstaatlichen Umgangs war, eine konstruktivere Methode internationaler Politik, die die Ablösung einer Phase mehr konfrontatorisch angegangener Konfliktbewältigung durch eine Phase kooperativen Bemühens um Problemlösungen brachte, sollte zum Verstärker, ja am Ende geradezu zu einem Vehikel des von der deutschen Außenpolitik ausgehenden und schließlich in nicht wenigen Fällen von der britischen Seite unterstützten revisionistischen Drucks werden. In den am Rande der Völkerbundtagungen in den Genfer Hotels alsbald gewohnheitsmäßig stattfindenden Tee-

²⁹ Schuker, *The End of French Predominance*, passim.

³⁰ Eine gründlichere Untersuchung des Zustandekommens der Locarno-Verträge im Jahre 1925, die die französischen, britischen und deutschen Akten ausschöpfen müßte, ist ein dringendes Desiderat, dem sich Karl J. Mayer in einer Tübinger Doktorarbeit (in Vorbereitung) zugewandt hat. Einstweilen bieten die Einleitungsabschnitte in Jacobson, *Locarno Diplomacy*, S. 3–67, einen gewissen Ersatz. Informativ auch *Survey of International Affairs*, 1925, hrsg. von C. A. Macartney u. a., für Royal Institute of International Affairs, London 1928, S. 1–78. Nicht ganz zu überzeugen vermögen die Befunde Krügers, *Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 269–301.

stunden der „Großen Drei“ Briand, Chamberlain und Stresemann zeigten sich alle Vorzüge eines Verfahrens, das durch regelmäßige gemeinsame Beratungen nicht verabredete, isolierte Aktionen eines einzelnen Partners verhinderte. Für Frankreich zeigte sich aber auch die Kehrseite: seine Vertreter sahen sich plötzlich in der Situation, in der Sache darauf achten zu müssen, daß „Locarno“ nicht zum Argument, zur revisionistischen Waffe gegen „Versailles“ zugespitzt wurde.³¹

Nicht, als hätte der französische Außenminister es völlig abgelehnt, seinem deutschen Kollegen, den er zunehmend persönlich schätzen lernte, „im Geiste von Locarno“ auch in der Sache entgegenzugehen. Zunächst sichtlich dem Schwung des Verständigungserlebnisses nachgebend, dann freilich in wachsendem Maße dem Bedürfnis der französischen Öffentlichkeit nach strikter Parität der Leistungen entsprechend, bemühte er sich, unterstützt von dem Generalsekretär des Quai d’Orsay Philippe Berthelot, und zum guten Teil im Einvernehmen mit Chamberlain, den deutschen Anspruch auf die „Rückwirkungen“ von Locarno zügig einzulösen. So wurde im Januar 1926 die Kölner Zone ohne eine volle Erfüllung der dafür postulierten Entwaffnungs- und Sicherheitsvoraussetzungen geräumt.³² Im Juli 1927 wurde, ebenfalls trotz nicht völlig durchgeführter Entwaffnung, die Interalliierte Militärkontroll-Kommission aus Berlin abgezogen; die zur Überwachung der Restpunkte der Entwaffnung den Botschaften der „ex-alliierten“ Mächte zugeordneten Militärexperten hatten keine eigenen Inspektionsbefugnisse und traten nach außen hin kaum in Erscheinung.³³ Ebenso wurde das Besatzungsregime in der zweiten (Koblenzer) und der dritten (Mainzer) Zone erleichtert, namentlich durch die im September 1927 beschlossene Reduzierung der alliierten Truppenpräsenz um 10 000 Mann (darunter 8000 Franzosen); danach verblieben freilich immerhin noch 60 000 alliierte Soldaten im Rheinland, davon 48 000 Franzosen, 6500 Briten, 5500 Belgier.³⁴ In dem Bemühen um gleichzeitige Entente mit England und Détente mit Deutschland öffnete sich Briand darüberhinaus offenkundig zunehmend auch dem Gedanken, daß Frankreich ein Interesse daran nehmen müsse, den gemäßigten Kräften der Weimarer Republik außenpolitische Erfolge zukommen zu lassen. Dieser besondere Aspekt einer französischen Verständigungspolitik gegenüber Deutschland spielte zweifellos eine Rolle in dem – auch von französischen Währungssorgen inspirierten und am Ende gescheiterten – Projekt von Thoiry, nach welchem in umfassender Weise französische Konzessionen in den Rheinland-, Saar-, Eupen-Malmedy- und Entwaffnungsfragen gegen deutsches Entgegenkommen im Bereich der Reparationen verrechnet werden sollten.³⁵

³¹ Siehe Jacobson, *Locarno Diplomacy*, S. 68 ff.; Jacques Bariéty, „Der Versuch einer europäischen Befriedung: Von Locarno bis Thoiry“, in: Hellmuth Rößler, Erwin Hölzle (Hgg.), *Locarno und die Weltpolitik, 1924–1932*, Göttingen 1969, S. 32–44; Jacques Freymond, „Locarno – un nouveau départ?“, in: *Discordia concors. Festgabe Edgar Bonjour*, I, Basel/Stuttgart 1968, S. 269–299; Krüger, *Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 301 ff.

³² Jacobson, *Locarno Diplomacy*, S. 60–67.

³³ Zum Abzug der Interalliierten Militärkontrollkommission 1927 siehe Michael Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927*, München 1966, vor allem S. 365 ff.; Claude Marie Nollet, *Une expérience de désarmement. Cinq ans de contrôle militaire en Allemagne*, Paris 1932.

³⁴ Jacobson, *Locarno Diplomacy*, S. 134–135.

³⁵ Zu Thoiry neuerdings Jacques Bariéty, „Finances et relations internationales: à propos du Plan de Thoiry (septembre 1926)“, in: *RI*, 21, 1980, S. 51–70; Krüger, *Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 353 ff. Frühere Studien: Hans Otto Sieburg, „Les entretiens de Thoiry“, in: *RA*, 4,

Eine wichtige Folge der Episode von Thoiry war, daß die danach von deutscher Seite in unregelmäßigen Abständen wieder vorgetragene Forderung nach einer vorzeitigen Gesamträumung des Rheinlands von Paris nicht mehr ohne weiteres als indiskutabel zurückgewiesen werden konnte. Die französische Politik näherte sich in dieser Frage nun einem schweren Dilemma. Einerseits besaß im Lichte der Locarno-Verträge diese deutsche Forderung, auch wenn sie nicht zu den anerkannten „Rückwirkungen“ gehörte, eine unbestreitbare Plausibilität; ihre Erfüllung erschien auch der britischen Regierung für den weiteren Erfolg der internationalen Friedenssicherung immer wichtiger.³⁶ Andererseits bedeutete für Frankreich eine vorzeitige Räumung die Preisgabe der wichtigsten physischen Sicherheitsgarantie zu einem Zeitpunkt, zu dem die französische Armee sich nicht in ihrem besten Zustand befand, Deutschland das Prinzip der einseitigen Abrüstung in Frage zu stellen begann und vor allem der Bau des bis 1935 projektierten besonderen Befestigungssystems an der Nordostgrenze („Maginot-Linie“) noch in den allerersten Anfängen steckte.³⁷ Darüberhinaus rührte die Räumungsfrage ja nicht nur an das Sicherheits-, sondern auch an das Reparationsproblem. Die äußerst sorgfältige Behandlung der Frage im Quai d'Orsay, die ihren Ausdruck schließlich in einer – von Chamberlain unterstützten – Verzögerungstaktik Briands fand, war nur zu verständlich. Als am 30. Januar und 1. Februar 1928 Stresemann die Frage erneut mit Nachdruck im Reichstag ansprach, bat der französische Außenminister um Zurückstellung bis nach den französischen und deutschen Parlamentswahlen (April bzw. Mai 1928). In dieser entscheidenden Frage war weder den Militärs noch der Öffentlichkeit in Frankreich ohne weiteres zu vermitteln, daß „im Geiste von Locarno“ konkrete Positionen gegen abstrakte Perspektiven (etwa: psychologische Fortschritte in Form eines Abflauens der deutschen Revisionsmentalität) eingetauscht werden sollten.³⁸ In der Tat ging es ja um Grundsätzliches: die nur unvollständig erreichte kollektive Sicherheit drohte hier wie ein Bumerang auf ein Grundelement der physischen Sicherheit Frankreichs zurückzuschlagen. Zum ersten Mal sollte, und zwar unter Berufung auf „Locarno“, ernstlich eine tragende Säule der Konstruktion von „Versailles“ zur Disposition gestellt werden.

4. In der gleichen Zeit, in der ersten Hälfte des Jahres 1928, gelangten zwei andere Grundfragen der Nachkriegsregelungen in ein problematisches, die französische Politik zu Entscheidungen drängendes Stadium: die Fragen der Zukunft des westeuropäischen Militärstatuts, d. h. der deutsch-französischen Rüstungsrelationen, und die der internationalen politischen Verschuldung. Ihr Zusammentreffen mit dem Räumungsproblem

1972, S. 520–546; Jon Jacobson mit J. T. Walker, „The Impulse for a Franco-German Entente: The Origins of the Thoiry Conference“, in: JCH, 1975, S. 157–181; Marc Poulain, „Zur Vorgeschichte der Thoiry-Gespräche vom 17. September 1926“, in: Wolfgang Benz, Hermann Graml (Hgg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 87–120. Neue Aufschlüsse sind von der Veröffentlichung des Nachlasses des persönlichen Vertrauten Briands, Hesnard, zu erwarten, die Jacques Bariéty in Paris vorbereitet.

³⁶ Jacobson, Locarno Diplomacy, S. 133 ff.

³⁷ Ibid., S. 104–113. Zum Bau der Maginot-Linie vor allem Général Paul-Emile Tournoux, Haut Commandement, Gouvernement et défense des frontières du Nord et de l'Est 1919–39, Paris 1960; ders., „Les origines de la Ligne Maginot“, in: RHGM, 33, 1959, S. 1–14; Judith M. Hughes, To the Maginot Line. The Politics of the French military preparation in the 1920s, Cambridge, Mass., 1971.

³⁸ Jacobson, Locarno Diplomacy, S. 137–139, 383–384.